

**DEPARTEMENT
FINANZEN UND RESSOURCEN**

EANHÖRUNG: IHRE STELLUNGNAHME

Dieses Dokument zeigt Ihnen Ihre notierten Angaben aus dem Online-Fragebogen. Es wird automatisch generiert.

Details	
Name der eAnhörung	Materielle und formelle Revision des Gebührenrechts; Allgemeines Gebührengesetz (GebührG) und Gebührendekret (GebührD)
PDF-Dokument generiert am	08.12.2021 10:36
Stellungnahme von:	SP Kanton Aargau

FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG

Materielle und formelle Revision des Gebührenrechts; Allgemeines Gebührengesetz (GebührG) und Gebührendekret (GebührD)

Anhörungsdauer

Die Anhörung dauert vom 9. September 2021 bis 9. Dezember 2021.

Inhalt

Mit der Vorlage "Materielle und formelle Revision des Gebührenrechts" soll die Steuerbarkeit durch den Grossen Rat, die Auffindbarkeit der Gebührentatbestände für die Öffentlichkeit und Verwaltung sowie allgemein die Rechtssicherheit erhöht werden. Seit der ersten Anhörung der Vorlage im Jahr 2012 wurden neben der Aktualisierung der Rechtsanalyse insbesondere die Gebührentatbestände hinsichtlich Kosten und Erlöse einer erneuten vertieften Prüfung unterzogen.

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter www.ag.ch/anhörungen.

Auskunftsperson

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

KANTON AARGAU

Departement Finanzen und Ressourcen

Christian Moser

Leiter Abteilung Finanzen

christian.moser@ag.ch

Angaben zur Ihrer Stellungnahme

Sie nehmen an dieser Anhörung im Namen einer Organisation teil.

Wenn Ihnen unten bereits Daten angezeigt werden, sind Ihre Angaben bereits hinterlegt. Sie können die Daten bei Bedarf überschreiben und so die Angaben korrigieren. Wichtig: Wenn Sie bspw. die E-Mail-Adresse ändern, wird fortan die neue von Ihnen notierte E-Mail-Adresse für den E-Mail-Versand für eine Anhörungseinladung verwendet!

Wenn Ihnen noch keine Angaben angezeigt werden, geben Sie bitte unten Ihre entsprechenden Kontaktdaten ein. Die notierten Angaben werden hinterlegt und Ihnen in weiteren Teilnahmen an eAnhörungen automatisch angezeigt.

Adressblock - Ihre Angaben

Name der Organisation	SP Kanton Aargau
E-Mail	sekretariat@sp-aargau.ch

Zuständige Person bei inhaltlichen Rückfragen

Bitte notieren

Vorname	Gabi
Nachname	Lauper Richner
E-Mail	info@gabilauper.ch

Fragen zur Anhörungsvorlage

Frage 1

Anhörungsbericht Kapitel 3 (Ziele 1 und 2)

Die Revision sieht eine formelle Neugestaltung des Gebührenrechts vor, welche die Steuerbarkeit durch den Grossen Rat, die Auffindbarkeit und die Rechtssicherheit erhöht. Das Gebührenrecht wird grundsätzlich auf Dekretsstufe festgelegt. Auf Gesetzesstufe sollen lediglich die allgemeinen Grundsätze festgehalten werden, während die konkreten Tarife auf Verordnungsebene geregelt werden.

Sind Sie mit dieser Ausgestaltung und der damit einhergehenden Kompetenzverteilung einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 1

Wie bereits in der Stellungnahme 2012 festgehalten, ist die SP Kanton Aargau der Meinung, dass Gebühren durchaus auch politisch festgelegt werden sollen. Wichtig ist für die SP, dass Leistungen des Service Public wenn immer möglich über soziale Steuern und nicht über unsoziale Gebühren finanziert werden. Bei wichtigen Service-Public-Leistungen muss die Gebührenhöhe aus sozialpolitischen Gründen nicht auf die Kostendeckung ausgelegt werden, va. im Bereich Bildung und Kultur.. Dazu muss im Einzelfall entschieden werden, inwiefern eine Leistung zum Service Public gehört, also wie wichtig im Sinne von notwendig (und nicht nur wünschbar) sie ist und wie breit und von wem genau sie nachgefragt wird.

Zudem soll es auch die Möglichkeit geben, über Gebühren politische Steuerung auszuüben, z.B. Anreiz für klimafreundliches Verhalten

Frage 2

Anhörungsbericht Kapitel 3 (Ziel 5) und Kapitel 4.5; § 3 E-GebührG; § 7 E-GebührG; § 8 E-GebührG

Die Gebühren sind grundsätzlich kostendeckend, verursachergerecht und verhältnismässig ausgestaltet. Im Rahmen des Revisionsvorhabens wird weder eine Erhöhung noch Reduktion der Gebührenbelastung der Bevölkerung und der Unternehmen angestrebt. Die wesentliche Überdeckung im Aufgabenbereich 215 Verkehrszulassung soll jedoch gesenkt werden. Hingegen sollen Gebührenerhöhungen nur im Einzelfall und wo rechtlich sowie politisch opportun erfolgen.

Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 2

Siehe Grundsatzbemerkung zu Frage 1

Betr. Gebührensenkung Verkehrszulassung: Senkung nicht unter 110% Kostendeckung, Bei der Ausgestaltung der Gebühr ist ein Anreiz für klimafreundliches Verhalten zu schaffen.

Frage 3

Anhörungsbericht § 1 E-GebührG

Dem Grossen Rat sollen zwei Varianten vorgelegt werden, wonach den Gemeinden die Möglichkeit eingeräumt wird, entweder die Anwendbarkeit des kantonalen Rechts in der Gemeindeordnung auszuschliessen (Variante 1) oder das allgemeine kantonale Gebührenrecht in der Gemeindeordnung anwendbar zu erklären (Variante 2). Wollen die Gemeinden bei Variante 1 am Status quo festhalten, müssen sie aktiv werden und die Geltung des Allgemeinen Gebührengesetzes bewusst in der Gemeindeordnung ausschliessen; bei Variante 2 bestünde kein Handlungsbedarf.

a) Sind Sie damit einverstanden, dass das Allgemeine Gebührengesetz als subsidiäres kommunales Gebührenrecht Anwendung finden kann?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

a) Welche Variante bevorzugen Sie?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- Variante 1
- Variante 2
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 3

Keine kann-Formulierung: Das kantonale Gebührenrecht, insbesondere die Grundsätze der Äquivalenz und der Rechtsgleichheit sollen subsidiär für alle Gemeinden gelten, also für alle Aargauerinnen und Aargauer gelten, unabhängig davon, in welchen Gemeinden sie wohnen.

Frage 4

Anhörungsbericht § 4 E-GebührG; § 14 E-GebührG

Es sollen verschiedene Tatbestände wie Gesuchsverfahren für kantonale Beiträge, Einsprache- beziehungsweise Einwendungsverfahren oder einfache Auskünfte von der Gebührenpflicht ausgenommen werden.

Zudem soll aus verwaltungswirtschaftlichen Gründen auf die Gebührenerhebung verzichtet werden, wenn die Gebühr den durch die Rechnungsstellung verursachten Aufwand nicht zu decken vermag oder der Bezug von vornherein aussichtslos erscheint.

Sind sie damit einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden

- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 4

Frage 5

Anhörungsbericht § 11 E-GebührG; § 3 E-GebührD

Wenn die Teuerung eine festgelegte Veränderung erfahren hat (Grenze von 10 %), soll der Regierungsrat die Möglichkeit erhalten, Gebührentarife an die Preisentwicklung anzupassen.

Sind Sie damit einverstanden, dass auf eine automatische Teuerungsanpassung verzichtet wird und stattdessen der Regierungsrat, ab einem vom Grossen Rat bestimmten Schwellenwert (10 %), die Gebührentarife maximal im Umfang der Teuerung anpassen kann?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 5

Frage 6

Anhörungsbericht Kapitel 1.1; § 15 E-GebührG; Kapitel 5.4, Ziffer 12, § 30 Abs. 1 VRPG

In Umsetzung des an den Regierungsrat überwiesenen Postulats Lütolf mit der Zielsetzung, die finanziellen Hürden für Rechtsmittel vor Verwaltungsbehörden zu reduzieren, schlägt der Regierungsrat vor, die Kostenvorschüsse grundsätzlich auf die Hälfte der mutmasslichen Gebühren und Auslagen zu senken, wobei zusätzlich ein Maximalbetrag gelten soll.

Der Vorschlag, die Kostenvorschüsse in Beschwerdeverfahren grundsätzlich auf die Hälfte der mutmasslichen Gebühren und Auslagen zu begrenzen, würde auch der Lösung entsprechen, die im Rahmen der aktuellen Änderung der Schweizerischen Zivilprozessordnung (Verbesserung der Praxistauglichkeit und Rechtsdurchsetzung) vom Bundesrat vorgeschlagen wird (vgl. BBI 2020 2697).

Sind Sie damit einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 6

Frage 7

Anhörungsbericht § 3 E-GebührG

§ 3 E-GebührG ist als gesetzliche Grundnorm der allgemeinen Gebührenpflicht anzusehen. Dies stellt gegenüber dem geltenden Recht einen Paradigmenwechsel dar: Neu ist die Unentgeltlichkeit die Ausnahme und nicht die Regel (vgl. § 31 Abs. 1 VRPG). Ausnahmen von der grundsätzlichen Gebührenpflicht sind in § 4 E-GebührG definiert beziehungsweise in Spezialerlassen ausdrücklich vorzusehen. Die allgemeine Gebührenpflicht bedeutet nicht, dass für alle Leistungen, die gesetzlich nicht ausdrücklich unentgeltlich erklärt worden sind, automatisch eine Gebühr geleistet werden muss. Ergänzend zur allgemeinen Gebührenpflicht ist hierzu jeweils grundsätzlich noch eine entsprechende Konkretisierung (das heisst ein konkreter Gebührentatbestand) auf Verordnungsstufe erforderlich. Bestehende unentgeltliche Leistungen sollen grundsätzlich unentgeltlich bleiben. Die Unentgeltlichkeit soll jedoch bewusst durch den Gesetzgeber entschieden werden.

Sind Sie damit einverstanden, dass die Unentgeltlichkeit von Leistungen und Benutzungen bewusst durch den Gesetzgeber entschieden werden soll?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 7

Der Kanton soll seine Dienstleistungen primär mit Steuermitteln finanzieren, daher soll die Unentgeltlichkeit die Regel und nicht die Ausnahme sein. Dieser Paradigmenwechsel wird daher abgelehnt;

>> Umformulierung §3 Abs 1

§ 3 Allgemeine Gebührenpflicht

1 Leistungen von Gerichts- und Verwaltungsbehörden sowie Benutzungen von öffentlichen Sachen oder Einrichtungen sind gebührenpflichtig, wenn dies durch Gesetz (in Variante 1: oder, bei Gemeinden, durch Gebührenreglement) festgelegt wird.

Auf der nachfolgenden Seite erhalten Sie Gelegenheit, Schlussbemerkungen zur vorliegenden Anhörung zu notieren.

Bitte beachten Sie: Ihre Stellungnahme wird erst eingereicht, wenn Sie anschliessend auf den Button "Antworten abschicken" klicken! Vorher wird Ihre Stellungnahme nicht übermittelt.

Schlussbemerkungen